

# Chance verpasst: Gasbohren mit Fracking wird erlaubt!

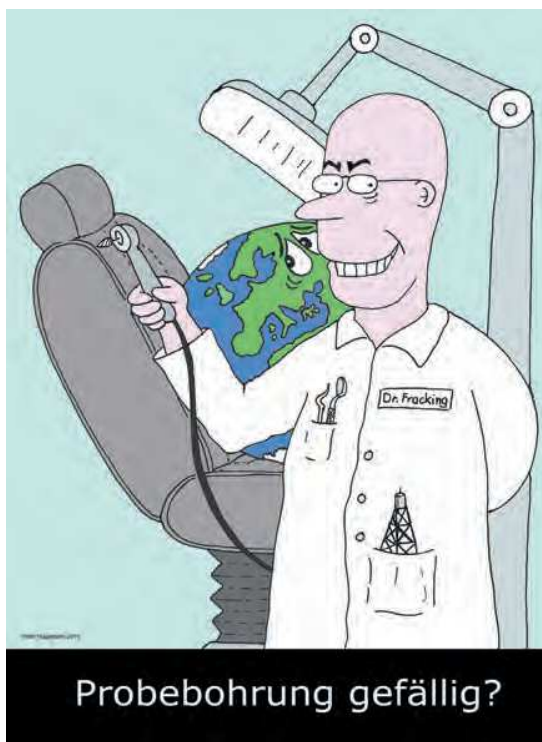
Dirk Hanke, BIGG Hamm

Aufgeschlossene Bürger konnten schon länger die Bestrebungen zur Erdgasförderung in Hamm verfolgen. Das Unternehmen HammGas, das dieses Jahr erste Bohrungen niederbringen möchte, machte auf den Informationsveranstaltungen einen inkompetenten und überforderten Eindruck. Nun ist klar: Schlimmer geht immer. Während die HammGas unter dem öffentlichen Druck glaubwürdig versichert, eine Gasförderung wenigstens ohne Fracking anzustreben, verhöhnt die Bundesregierung die Bürger, indem sie ein Gesetz durchs Parlament bringt, das Fracking erlaubt. Die darin enthaltenen Einschränkungen sind Makulatur und dienen nur als Deckmäntelchen, damit möglichst

wenig Verantwortung an den Politikern kleben bleibt. Ein wirksamer Schutz hätte ein vollständiges Verbot erfordert, wie es in etlichen Ländern gilt, übrigens auch im Staat New York im Mutterland des Frackings. Nehmen wir uns noch einmal die Zeit, die Verantwortlichen zu benennen: Umweltministerin Hendricks, Wirtschaftsminister Gabriel und nicht zu vergessen Bundeskanzlerin Angela Merkel, die sich bei diese Misere wieder geschickt weggeduckt hat.

Dabei wäre ein Verbot möglich gewesen. So steht es zumindest in einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags von 2011, das auch unseren Politikern bekannt sein dürfte. Dort heißt es, dass ein solches Verbot zwar eine Einschränkung der Berufsausübungsfreiheit der Förderunternehmen darstelle, dass dies aber möglich sei, falls der Gesetzgeber dies für erforderlich halte, um Mensch und Umwelt zu schützen. Man muss nur wollen.

Nun zum Gesetz: Fracking unterhalb von 3000 Meter wird erlaubt! Wie man dies als Verbotsgesetz ti-



tulieren kann, bleibt schleierhaft. Die Tiefe ist dabei auf die niedersächsischen Lagerstätten zugeschnitten, die überwiegend von Exxon mobil beansprucht werden. Aber es kommt noch besser: Oberhalb von 3000 Meter ist Fracking zu Forschungszwecken erlaubt. Später dürfen diese Bohrungen dann auch zur Förderung benutzt werden. Wer sich hier an das japanische Walfang-Programm erinnert fühlt, liegt leider richtig. Für die Folgen eines Fracks ist es egal, welche Absicht der Fracker hatte. Dass vor der Produktion eine Erkundungsphase liegt, ist keine Einschränkung, sondern der normale Gang der Dinge. Die dabei veranschlagte Zeit ist in keiner Weise geeignet, die Langzeitfolgen der Maßnahmen zu entlarven. Hier wäre es sinnvoller, zunächst die bisher erfolgten Fracks und Daten konventioneller Bohrungen auszuwerten. Solch ein Monitoring ist bisher nicht erfolgt! Es wundert also nicht, wenn Exxon trotz langjähriger Öl- und Gasförderung keine Probleme bekannt sind. Niedersächsische Bürgerinitiativen und der NABU sind da weiter. Vor allen

Maßnahmen müsste ohnehin eine flächendeckende Bestandsaufnahme erfolgen, um Veränderungen feststellen zu können. Fehlanzeige.

Experimental-Fracking ist auch für unsere Region eine ganz konkrete Bedrohung. Hamm liegt im Zentrum des Aufsuchungsgebietes der RWTH Aachen. Dort soll dann gezeigt werden, wie unproblematisch Fracking ist, um die letzten Einschränkungen auszuhebeln.

Für weitergehende Analysen fehlt hier der Platz, es gibt aber gut lesbare Darstellungen im Internet.

Und der Nutzen? Für die Allgemeinheit gibt es eigentlich keinen. Wegen der geringen Fördermengen und des hohen Aufwands ist weder mit Verringerungen der Gaspreise zu rechnen noch wird sich die Versorgungssicherheit merklich erhöhen. Auch beim Klimaschutz hilft unkonventionelles Gas nicht. Zwar ist Braunkohle noch dreckiger, aber auch das relativiert sich, wenn man die unkontrollierten Methan-Emissionen berücksichtigt. Seriöse Forscher verlangen, dass die Hälfte des förderbaren Erdgases im Boden bleibt, wenn das 2°-Klimaziel erreichbar bleiben soll.

Für die Industrie ist mehr drin: Börsennotierte Unternehmen sind darauf angewiesen, einen prosperierenden Eindruck zu machen. Gewinnerwartungen – wie übersteigert auch immer – sind dabei wichtiger Bestandteil der Psychose. Auch die Verzögerung der Energiewende liegt im Interesse der Unternehmen.

Und die Politik? Man hat die Verantwortung an „Experten“ abgegeben und wäscht die Hände in Unschuld. Alternativlos? Nein!

<http://www.gegen-gasbohren.de/>